



HESSISCHER LANDTAG

14. 10. 2014

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Verbindung von beruflicher Praxis und theoretischer Ausbildung ist das wesentliche Erfolgsgeheimnis der Berufsausbildung in Deutschland. Die weitere Stärkung des dualen Berufsausbildungssystems und die Steigerung der Attraktivität der dualen Ausbildung sind deshalb zentraler Bestandteil einer erfolgreichen Bildungspolitik. Die jungen Auszubildenden von heute sind die gefragten Fachkräfte von morgen und stärken auf diese Weise die Wettbewerbsfähigkeit Hessens. Junge Menschen ohne Abitur sind keine "Verlierer" unseres Bildungssystems, sondern im Gegenteil zentrale Leistungsträger unserer Gesellschaft und Garanten für den wirtschaftlichen Erfolg und den Wohlstand unseres Landes. Die im Vergleich der 28 EU-Staaten mit Abstand niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland lässt sich dabei maßgeblich auf das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung und die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung zurückführen.
2. Die Berufswahl beginnt nicht erst mit dem Schulabschluss. Schülerinnen und Schüler sollen ihre Schulzeit auch dafür nutzen können, sich von den vielfältigen Berufsfeldern und Ausbildungsberufen ein Bild zu machen und sich ihrer berufsbezogenen Kompetenzen und Präferenzen bewusst zu werden. Der Landtag bittet daher die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass die für Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7 stattfindende Lebens- und Arbeitsweltberatung systematisiert wird. In enger Kooperation mit den Schulträgern, der Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit und den ortsansässigen Betrieben soll so eine bessere Verzahnung und Koordinierung der Maßnahmen im Bereich "Berufsorientierung" geschaffen werden.
3. Der Landtag bittet die Landesregierung des Weiteren, das derzeitige "Übergangssystem" zwischen Schule und Beruf neu zu strukturieren. Bei dieser Reform sieht der Landtag die Kommunen, Gewerkschaften und Wirtschaft in einer gemeinsamen Mitverantwortung. Ziel muss es sein, jedem jungen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen, bevorzugt im bewährten dualen System oder - und nur für den Fall, dass dies nicht gelingt - durch eine geförderte, möglichst praxisnahe vollschulische Berufsausbildung. Produktionsschulen sehen wir hierbei als einen weiteren Baustein zur Aktivierung bzw. Nachqualifizierung junger Menschen.
4. Der Landtag begrüßt die von der Landesregierung beschlossene Fortführung der Initiative "Lernen und Arbeit in Schule und Betrieb (SchuB)" im Schuljahr 2014/15 und deren beabsichtigte Weiterentwicklung im Rahmen eines flächendeckenden Ausbaus. Sie hat durch eine enge Verknüpfung von Theorie- und Praxisanteilen die Zahl der Schulentlassenen ohne Abschluss in den zurückliegenden Jahren deutlich reduziert und Schülerinnen und Schüler im Bildungsgang Hauptschule erfolgreich zu einem Abschluss und einem Ausbildungsplatz geführt. Durch die Einrichtung der SchuB-Klassen konnten unproduktive Warteschleifen reduziert und die bestehenden direkten Anschlussmöglichkeiten in die Berufsbildung zielgerichtet genutzt werden.
5. Ein zentraler Baustein bei der Stärkung des dualen Ausbildungssystems sind die beruflichen Schulen. Der Landtag bestärkt infolgedessen die Landesregierung darin, ein regional ausgewogenes Berufsschulangebot in der Fläche zu gewährleisten und gleichzeitig den eingeschlagenen Weg fortzusetzen, beruflichen Schulen mehr Selbstständigkeit einzuräumen. Die Optimierung der Unterrichtsqualität und die Einbindung der beruflichen Schulen in eine abgestimmte regionale Bildungslandschaft sollen hierbei im Mittelpunkt stehen. So können die vorhandenen Mittel nicht nur effizient eingesetzt, sondern die Qualifikation der Auszubildenden und Fachkräfte insgesamt verbessert werden.

6. Der Landtag begrüßt, dass auf dem ersten Treffen des Bildungsgipfels dem Thema Schule als Vorbereitung auf die Arbeits- und Lebenswelt eine hohe Bedeutung beigemessen und eine eigene Arbeitsgruppe gewidmet wurde. Die Ergebnisse dieses Forums für Praktiker und Experten bieten nach Auffassung des Landtages eine gute Basis, um die Pläne der Landesregierung im Dialog zu erörtern und weiter zu präzisieren.
7. Der Landtag begrüßt das Vorhaben der Landesregierung, eine neues "Bündnis für Ausbildung" schließen zu wollen. Dieses Vorhaben reiht sich in eine Reihe bereits bestehender, erfolgreicher Programme und Modellprojekte der Ausbildungsförderung in Hessen ein:
- Das Modellprojekt "Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Berufsschule und Betrieb (QuABB)" wird in Hessen seit 2009 mit dem Ziel durchgeführt, mittels passgenauer Unterstützung durch Krisenprävention und -intervention bei abbruchgefährdeten Jugendlichen die Zahl der Ausbildungsabbrüche in Hessen zu senken.
 - Im Rahmen der landesweiten Strategie zur "Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule - Beruf (OloV)" sind verbindliche Qualitätsstandards in den Bereichen "Berufsorientierung" mit Förderung der Ausbildungsreife, "Akquise von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen" sowie bei "Beratung, Matching und Vermittlung" definiert worden. Aufgrund dieser Standards werden heute diese Themenfelder auf lokaler Ebene in ganz Hessen für die jeweilige Region verbindlich und koordiniert bearbeitet. Dadurch soll der Informationsfluss verbessert, Transparenz hergestellt und Doppelarbeit vermieden werden. Alle hessischen Regionen arbeiten hieran intensiv mit.
 - Im Rahmen der schulischen Berufswahlvorbereitung ist das Projekt "Berufswahlpass" zu erwähnen. Hierbei werden alle schulischen und außerschulischen Aktivitäten im Rahmen der fächerübergreifenden Berufsorientierung mit Förderung der Ausbildungsreife in einem "Schülerportfolio" dokumentiert. Das Schülerportfolio und der "Berufswahlpass" werden in Haupt- und Realschulen sowie in den Förderschulen mit Schwerpunkt "Lernen" eingesetzt.
 - Das Projekt "Gütesiegel Berufs- und Studienorientierung" bietet den allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe 1 und den gymnasialen Oberstufen die Möglichkeit, sich auf freiwilliger Basis zertifizieren zu lassen. Projektbeginn war das Schuljahr 2010/11.
 - Schließlich sind und bleiben die Programme zur Ausbildungsplatzförderung bedarfsgerecht und problemorientiert ausgestaltet und unterstützen wirksam die Ausbildungsplatzsuche von Jugendlichen, die anderenfalls Probleme hätten, eine Ausbildungsstelle zu finden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 14. Oktober 2014

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)